presse

Informationsfreiheit ausbauen und Open Data verwirklichen

Anlässlich der vom Bundesinnenministerium vorgestellten Studie "Open Government Data Deutschland" erklären der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Hartmann und der netzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lars Klingbeil:

Bundesinnenminister Friedrich steht noch immer für den intransparenten Staat. Damit das nicht so bleibt, muss er endlich etwas tun: Der Minister muss den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum die Bundesregierung die Offenlegung von Verwaltungsdaten weiterhin unterlässt, wenn dies nach geltendem Recht möglich ist. Dies hat Friedrich gestern selbst erklärt. Mit der Vorlage der Studie "Open Government Data Deutschland" hat die Bundesregierung endlich die wichtigen Themen Open Government und Open Data aufgegriffen. Viel zu lange hat sie diese Forderungen insbesondere auch der Zivilgesellschaft ignoriert und eine Ausweitung der Informationsfreiheitsrechte blockiert. Wichtig wäre es allerdings, wenn die Bundesregierung nun endlich auch konkrete Projekte auf den Weg bringen und die rechtlichen Grundlagen für Open Data und mehr Informationsfreiheit schaffen würde – ein Pilotprojekt kann daher nur ein erster Schritt sein.

In der Presseerklärung zur Vorstellung der Studie erklärt der Bundesinnenminister, dass die Studie zu dem Ergebnis käme, „dass viele Verwaltungsdaten bereits auf der Basis des geltenden Rechts offengelegt werden können - und zwar ohne oder nur mit geringfügigen Änderungen.“ Das aber reicht nicht aus, denn es stellt es allein in das Belieben der Bundesregierung, proaktiv Informationen zu veröffentlichen. Offensichtlich traut Schwarz-Gelb den Menschen nicht. Notwendig ist ein Rechtsanspruch auf die aktive Veröffentlichung von staatlichen Informationen, soweit nicht Geheimhaltungsgründe dagegen stehen. Auch die Studie im Auftrag des Innenministeriums kommt zu einem anderen Ergebnis als der Minister: Ziel müsse es sein, die bestehenden Zugangsrechte nach den Informationsfreiheitsgesetzen auszubauen und einen rechtlichen Anspruch auf proaktive Veröffentlichung zu schaffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, endlich selbst Verwaltungsdaten zur Verfügung zu stellen und entsprechende gesetzliche Regelungen zum Ausbau der Informationsfreiheit und zur Ermöglichung einer umfassenden Open-Data-Strategie vorzulegen.